



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/127 - 5.6.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039 890

Erweiterte Berlinhilfe - Bundespflicht	S. 1
Die Schwäche des Westens	S. 3
Seehoß will zurücktreten ...	S. 4

Was wird aus Berlin ?

Von Willy Brandt, MdB

In den vergangenen drei Jahren ist im deutschen Westen, aber auch im alliierten Lager, manches versäumt worden, was im Interesse Berlins erforderlich gewesen wäre. Heute geht es jedoch nicht um eine kritische Rückschau. Jetzt geht es darum, wie einer akuten Bedrohung wirksam begegnet werden kann.

Der Zusammenhang zwischen der Unterzeichnung des Generalvertrages und der neuen Krise um Berlin ist klar. Ebenso klar ist die ablehnende Haltung der deutschen Sozialdemokratie zu diesem Generalvertrag. Aber das bedeutet nicht, daß den östlichen Machthabern auch nur ein Schein des Rechts für ihre Maßnahmen gegen Berlin zugestimmt werden kann.

Die Maßnahmen gegen Berlin und die zunehmende Abschnürung der Sowjetzone sind gewiß nicht geeignet, den Glauben an eine ernste Verhandlungsbereitschaft der Sowjetregierung zu stärken. Wie dem auch immer sei, die Auseinandersetzungen um den Generalvertrag gehen weiter. Unabhängig von diesen Auseinandersetzungen obliegt dem deutschen und außerdeutschen Westen jedoch die unabwiesbare Pflicht, Berlin rasch und wirksam zu helfen.

Was kann geschehen ? Die Möglichkeiten der Westmächte zur Lockerung des Sperrgürtels, der zwischen Berlin und die Sowjet-

Zone gelegt wurde, sind offenbar begrenzt. Umso wichtiger will es erscheinen, daß die westliche Sicherheitsgarantie für Berlin der Sache nach eindeutig auch auf die Verkehrswege zwischen dem westlichen Bundesgebiet und Berlin bezogen wird.

Durch die Abschnürung und verschärfte Spaltung Berlins wird aber auch wieder einmal der Versuch unternommen, das Westberliner Wirtschaftsleben zum Erlahmen zu bringen. Hier muß die Aktivität des Bundes einsetzen. Die vollzogene finanzwirtschaftliche Eingliederung Berlins in den Bund reicht angesichts der gegenwärtigen Lage nicht aus. Es bedarf außerordentlicher Maßnahmen, damit Berlin in ausreichendem Maße Aufträge aus dem Westen erhält.

Die Erfahrung zeigt, daß sich die private Wirtschaft ihrer nationalpolitischen Aufgabe vielfach nicht bewußt ist. Darum bedarf es einer kraftvollen Initiative des Bundes. Sie muß von der Erkenntnis getragen sein, daß Berlin seiner freiheitlichen Aufgabe nur dann gerecht werden kann, wenn es seinen Menschen Arbeit zu geben vermag.

Die Berliner SPD hat darauf hingewiesen, daß bei Auslastung der vorhandenen Produktionskapazität und bei Schaffung neuer Industriezweige für Qualitätserzeugnisse in lohnintensiven Betrieben 200000 Arbeitslose in Westberlin in Beschäftigung gebracht werden können. Die notwendige Reaktivierung der Berliner Wirtschaft erfordert, daß die öffentlichen Verwaltungen und Betriebe des Bundes, der Länder und Gemeinden ihren auftretenden Bedarf mehr als bisher in Berlin zu decken bereit sind.

Die sozialdemokratische Fraktion des Bundestages hat eine große Anfrage eingereicht, die sie Anfang kommender Woche beraten sehen will. Auch in dieser Anfrage wird das Hauptaugenmerk auf die Auftragserteilung für Berlin gelenkt. Darüber hinaus soll die Bundesregierung Vorschläge unterbreiten, "in denen eine weitere finanzielle und wirtschaftliche Hilfe für Berlin und die Verlegung weiterer Bundesbehörden vorgesehen ist".

Die politischen Probleme und die ernstesten Gefahren, die gerade auch für Berlin durch den geplanten Generalvertrag aufgeworfen worden sind, mögen in anderem Zusammenhang näher erörtert werden. Im Augenblick ist es vordringlich, daß die Verkehrswege offengehalten werden und daß man Berlin Aufträge und damit Arbeit sichert. Ohne Sicherung der materiellen Existenz wird Berlin seine politische Freiheit nicht behaupten können.

Die Schwäche der freien Welt

Es wäre ein Irrtum, zu glauben, daß die Freiheit Europas und der ganzen Welt nur durch die Schaffung von Verteidigungsgemeinschaften und Armeen gesichert werden kann, schreibt die "Wiener Arbeiterzeitung" in einem bemerkenswerten Artikel. Dazu gehöre auch der entschlossene Wille der Völker, ihre Freiheit zu verteidigen und den Weg für ihre friedliche Fortentwicklung freizuhalten. Aber gerade hier gebe es große Schwächen. Die A.Z. fährt dann fort:

Die Regierung Pinay in Frankreich will die Kosten der Sanierung des Staatshaushaltes ausschließlich die Massen des Volkes tragen lassen, die besitzenden Klassen aber schonen. Sie läßt eine Amnestie für die reichen Steuerhinterzieher beschließen, begünstigt die Besitzer großer Vermögen, verweigert aber den Lohnempfängern die gleitende Lohnskala, die ihnen die Nachziehung der Löhne zu den gestiegenen Preisen bringen soll. In Italien zeigt sich die Unfähigkeit einer bürgerlichen Regierung bei der Lösung sozialer Probleme noch viel erschreckender. Hier wie in Frankreich ist ein nicht unerheblicher Teil der Industriearbeiter arbeitslos, hier wie in Frankreich fehlt es an hunderttausenden Wohnungen. In Italien wie in Frankreich gibt es ein sehr selbstbewußtes industrielles Unternehmertum, das sich als Herr im Hause fühlt und nicht bereit ist, auch nur einen Fußbreit von seinen angemessenen Privilegien aufzugeben.

Der Stand der Dinge in Westdeutschland ist ebensowenig erfreulich. Die früheren Beherrscher der Großindustrie sind aus den Trümmern des Dritten Reiches wieder hervorgekrochen und haben fröhliche Auferstehung gefeiert. Die Unternehmer, Einzelbesitzer wie Generaldirektoren der großen Konzerne, kehren wieder den Herr-im-Hause-Standpunkt hervor, der Vorsitzende des Industriellenbundes wettet gegen die Gewerkschaften, die sich erkühnen, das Mitspracherecht der Arbeiter zu fordern. Der Herr-im-Hause-Standpunkt in der Wirtschaft findet seine Ergänzung in dem sehr autoritären Gehaben des Bundeskanzlers Adenauer in seinem Verhältnis zur starken sozialdemokratischen Opposition.

Zur Schwächung Europas trägt bei, daß England von einer konservativen Regierung beherrscht wird, daß Amerika in einem Wahlkampf steht, der die Entscheidung über seine künftige politische Führung und sein künftiges Verhältnis zu Europa offen läßt, und daß es den Westmächten bisher nicht gelungen ist, die Freundschaft der nicht unter kommunistischer Herrschaft stehenden Völker Afrikas und Asiens zu erwerben.

Die soziale Unzufriedenheit im freien Europa, die nationale und soziale Unzufriedenheit in Asien und Afrika erleichtern das Spiel Rußlands. Sie lassen dieses in Wahrheit reaktionäre und imperialistische Land den Menschen, je weiter sie vom Eisernen Vorhang entfernt sind, als "Friedensmacht" und - insbesondere in den wirtschaftlich rückständigen Ländern Asiens - als Vorkämpfer einer besseren Ordnung erscheinen.

Wer die freie Welt wirklich wirksam verteidigen will, muß die ungerechte Verteilung des Besitzes beseitigen, muß ausreichend Brot und Obdach schaffen und den farbigen Völkern zu nationalem und sozialem Aufstieg verhelfen. Darin liegt die Aufgabe des demokratischen Sozialismus. Das Bürgertum, das hoffnungslos an seinen überlebten Vorstellungen und Vorrechten in Wirtschaft und Politik klebt, wird sie nicht erfüllen. Ein französischer Politiker hat einmal gesagt, daß der Krieg eine zu wichtige Sache sei, um ihn den Generalen zu überlassen. Nun, der Kampf um die Bewahrung der Freiheit ist zu wichtig, um ihn dem Bürgertum zu überlassen.

+ + +

Seehoßs Rücktritt findet nicht statt

d.g. Als der Wahlkampf zum ersten Bundestag im Gange war, gefiel sich der gegenwärtige Bundesverkehrsminister Seehoß darin, je nach Ort und Zuhörerschaft in verschiedenen Rollen aufzutreten. Einmal priesen ihn schwarz-weiß-rot umrandete Plakate als Handelskammerpräsidenten, ein andermal - wenn man an die Grundbesitzer der Lüneburger Heide appellierte - war Seehoß schlichtes Mitglied des Direktoriums der Deutschen Partei und schließlich fand er auch gar nichts dabei, um die gleiche Zeit an anderen Orten als "Flüchtlingskandidat"

der DP aufzutreten.

Dieser Politik mit verteilten Rollen ist er bis heute treu geblieben. Das vergangene Wochenende verbrachte der Minister wieder einmal unter den sudetendeutschen Vertriebenen, die er beständig als seine Landsleute tituliert, wenngleich sich bisher noch keiner gefunden hat, der nachgewiesen hätte, auf welche Weise der gegenwärtige Bundesverkehrsminister zu diesem Status gekommen ist. Die "Sudetendeutsche Landsmannschaft", die auch den ehemaligen Nazi-Reichshauptstellenleiter Rösler-Richter aus Sachsen zum Landesverbandsvorsitzenden in Niedersachsen wählte, war offenbar ebenso schlecht beraten, als sie den Bergwerksdirektor, Handelskammerpräsidenten und Erdölinteressenten Seebohm aus Emanuelssegen im schlesischen Kreis Pless zu ihrem stellvertretenden Vorsitzenden bestellte. (Merkwürdigerweise hat die "Schlesische Landsmannschaft" ihren tatsächlichen Landsmann Seebohm noch nie für sich reklamiert !)

Die neueste Wochenendplauderei des Bundesverkehrsministers - auch diesmal sind seine Ausführungen für alle Fälle auf Tonband festgehalten ! - gipfelte in dem Schwur, er als Sudetendeutscher werde keinen Tag länger Mitglied der Bundesregierung sein, wenn es ihr nach Inkrafttreten des Generalvertrages nicht gelinge, die Einreise des sudetendeutschen Paters Reichenberger zu ermöglichen (dessen Name mit rund 15000 anderen auf den alliierten "Schwarzen Listen" steht).

Nun, Herr Seebohm wird schon deswegen nicht vorzeitig zurücktreten müssen, weil er eben kein Sudetendeutscher ist. In einem von ihm selbst verfaßten Lebenslauf beschränkt sich seine sudetendeutsche Vergangenheit auf die Feststellung, daß er ab 1939 Aufsichtsratsvorsitzender der Britannia-Kohlenwerke AG und der Egerländer Bergbau AG gewesen sei. In der Zeit aber, in der seine angeblichen sudetendeutschen Landsleute unter unsagbarem Leid von Haus und Hof vertrieben wurden, und in Elendskolonnen in die Flüchtlingslager wanderten, war "Flüchtlingskandidat" Seebohm bereits wohlbestallter Geschäftsführer der C. Deilmann Bergbau GmbH. in Dortmund und Bentheim, Vorstand der Braunschweigischen Maschinenbauanstalt usw. Der Herr Bundesverkehrsminister rühmt sich selbst noch gern seines bekannten Vorfahren, jenes um die Montanindustrie verdienten Herrn Mulvany, den der Essener Bergbauverein zu seinem Ehrenmitglied machte und der freilich noch nicht ahnen konnte, daß sein den Montaninteressen treugebliebener Nachfahre auf dem Umwege über einen Aufsichtsratsposten im westböhmischen Bergbau einmal zum stellvertretenden sudetendeutschen Flüchtlingsführer werden würde.

Der Sudetendeutsche Seebohm wird also wegen seines angedrohten Rücktrittes nicht in Gewissenskonflikte geraten. Über sein Ausscheiden aus dieser Regierung allerdings werden die Wähler befinden und die Vertriebenenwähler nicht zuletzt.

+ + +